DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 024

Zur Einschätzung des Koalitionsvertrages

Beschluss des Landesvorstands vom 01. Februar 2020

Beschluss:	Der Landesvorstand beschließt nachfolgenden Entwurf zur Einschätzung des Koalitionsvertrages der sächsischen Kenia-Koalition.
Anlagen:	Einschätzung des Koalitionsvertrages
politische Botschaft:	Die sächsische LINKE setzt sich mit den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen im Sinne einer gestaltenden Opposition auseinander.
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: mehrheitlich dagegen: 2 Enthaltungen: 0

F.d.R.
Dresden, 01. Februar 2020

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin

Zur Einschätzung des Koalitionsvertrages

Der Koalitionsvertrag der neuen sächsischen Landesregierung enthält einige der Vorhaben, die auch DIE LINKE. Sachsen in ihrem Wahlprogramm gefordert hat. Dass die objektive Notwendigkeit dringender Reparaturen, beispielsweise in der Bildungs-, der Verkehrs- und Innenpolitik und der Demokratisierung, auch von der Kenia-Koalition erkannt worden ist, begrüßen wir.

Grundlegende Maßstäbe unserer Beurteilung dieses Dokuments sind jedoch die tiefgreifenden gesellschaftlichen Herausforderungen, die nun schon seit geraumer Zeit deutlich erkennbar sind und die zu einer Politisierung der sächsischen Gesellschaft geführt haben. Der Kampf gegen den Klimawandel und gegen die Folgen und Ursachen der neoliberalen Globalisierung sind aus unserer Sicht unabweisbare Herausforderungen. Zugleich findet unter dem Stichwort der „Digitalisierung" eine wissenschaftlich-technische Revolution statt, die sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auswirkt. Die sozialen Verwerfungen in Sachsen, die durch die Stichworte „Kinderarmut", „Altersarmut" und „Armut trotz Arbeit" umrissen sind, drohen sich zu vertiefen. Politisch werden weltweit - und erkennbar auch in Sachsen - rechte und extrem rechte Ideologien und ihre Vertreter*innen stärker, damit wächst die Gefahr zivilisationsfeindlicher Politik.

„Dabei ist klar: Eine Transformation wird kommen, so oder so – als politischer Aufbruch oder als politisches Debakel, ‚by design or by disaster'." (Horst Köhler, 2019)

Der Koalitionsvertrag der auch substantiell „kleinen Koalition" von CDU, Grünen und SPD ist kein Signal für einen politischen Aufbruch. Hinsichtlich der genannten Herausforderungen ist er plan- und mutlos. Auch uns ist selbstverständlich klar, dass die sächsische Gesellschaft allein vor diesen Aufgaben stehen würde, wie ein David vor Goliath. Aber es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, sich dem notwendigen politischen Aufbruch nicht auch hier in Sachsen zu stellen. Ein großer Wurf und ein langer Atem für einen sozial-ökologischen Wandel, den Ausbau demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten, den Kampf gegen rechts und die offensive Gestaltung des digitalen Wandels sind nunmehr unabdingbar. Deshalb muss sichergestellt werden, dass dieser politische Aufbruch auch finanziell untersetzt wird, um damit von einer Absichtserklärung auf geduldigem Papier zur gesellschaftlichen Wirklichkeit zu werden. Dafür muss die als „Schuldenbremse" getarnte Investitionsbremse in Sachsen beseitigt werden, gleichzeitig muss der Freistaat diesem volkswirtschaftlichen Irrsinn auch auf Bundesebene wirkungsvoll entgegentreten. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bund für die Abschaffung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse einzusetzen. Dies wäre ein unmissverständliches Zeichen dafür, diesen neoliberalen Irrweg zu verlassen.

Der Ausbau der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten und der Kampf gegen rechts müssen aus unserer Perspektive haushalterisch untersetzt werden. Hier sind besonders die politische Bildungsarbeit auf der kommunalen Ebene, die Unterstützung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen und die auskömmliche Finanzierung der gesellschaftlichen Institutionen, die für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen stehen, zu nennen.

Auch die hohe Bedeutung von vorschulischer Bildung ist in der Landesverfassung nicht untersetzt. Wir erwarten, dass Kindertagesstätten endlich als vollwertiger Teil der Bildungslandschaft in Sachsen anerkannt und damit kostenfrei werden. Es ist ein Armutszeugnis für eines der reichsten Länder Europas, dass in Deutschland der Bildungserfolg sehr stark von der sozialen Herkunft abhängt. Sachsen beschäftigt im Bundesvergleich viel zu wenige Erzieherinnen und Erzieher und liegt auch bei den Kita-Gebühren deutschlandweit im oberen Mittelfeld. Dass die weitere Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation in eine unbestimmte Zukunft verschoben werden soll, wollen wir nicht hinnehmen.

Allgemein scheint die Koalition den Bereich Bildung nicht als wichtig und dringlich anzusehen, da die Vorhaben undatiert oder auf das Ende der Legislatur hinausgezögert werden sollen.

Wir schlagen die Erarbeitung eines „Sachsenplans für den sozial-ökologischen Wandel" vor, der sich letztlich sowohl im Landeshaushalt als auch in der Verfassung des Freistaats niederschlagen muss. Ebenso stehen wir für eine konstruktive Mitarbeit an einer Digitalisierungsoffensive zur Verfügung, die diese als eine Aufgabe der öffentlichen Hand versteht und durch ein Investitionsprogramm untersetzt.